

Herzog: „Ärztliche Selbstverwaltung ist ein Stück schlanker Staat“

Ansprache des Bundespräsidenten bei der Ärztetagsöffnung – „Ärzte dürfen nicht Handlanger eines hedonistischen Zeitgeistes werden“

Zahlreiche Thüringer haben sich auf dem Markt versammelt, als der Bundespräsident dem Eingang der Eisenacher Georgenkirche zustrebt, um dort zur Eröffnung des 100. Deutschen Ärztetages zu sprechen. Die Menschen applaudieren, und Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel sagt zu Roman Herzog: „Die Menschen möchten, daß sie zu ihnen sprechen.“

Das tut das Staatsoberhaupt denn auch kurz, und die Bevölkerung ist zufrieden – wie später die meisten der Delegierten und Gäste mit seiner Eröffnungsansprache.



Bundespräsident Roman Herzog: „Ärztliche Selbstverwaltung ist ein Stück „schlanker Staat“. Foto: uma

Darin hatte der Präsident zwar wenig Konkretes gesagt, die Niederungen der gesundheitspolitischen Reformdebatte weitgehend gemieden, dafür aber für einige Grundprinzipien der Gesundheitspolitik geworben und aktuelle ethische Fragen aufgegriffen. Zur Gesundheitspolitik sagte Herzog:

- „Eine Krankenversicherung ist für das medizinisch Notwendige da, nicht für das sozialpolitische Wünschenswerte.
- Auch ein solidarisch organisiertes Gesundheitssystem darf den einzelnen nicht aus seiner Mitverantwortung entlassen.

- Der sparsame Mitteleinsatz muß sich auch im Gesundheitswesen lohnen, Fehllenkungen müssen vermieden werden.
- Wir brauchen keine Einheitsmedizin, sondern eine Vielfalt von Therapiemöglichkeiten und Trägern medizinischer Leistungen.
- Sparen muß so gestaltet werden, daß auch künftig kostenintensive Therapien möglich bleiben. Einfach gesagt: Lieber soll jeder sein Brillengestell selbst bezahlen, als daß wir die Herzoperation aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen streichen!
- Einkommenserwartungen sind legitim, aber sie sind nicht ein Maßstab für die Frage, welche Leistungen in welcher Höhe aus einem Solidarsystem zu finanzieren sind.“

Grenzen des ethisch Machbaren akzeptieren

Der Bundespräsident stellte die Frage, „ob wir eigentlich mental noch bereit sind, Grenzen des medizinisch Machbaren zu akzeptieren“. Nirgendwo sonst sei intensive Forschung so nötig und nutzbringend wie in der Medizin, und auf kaum einem anderen Sektor gebe es beeindruckendere Erfolge. Doch sei es wichtig, sich immer der Grenzen bewußt zu bleiben – als Patienten und als Mediziner.

Als Beispiel nannte der Präsident „die immer näher rückende Möglichkeit, Menschen von vorn-

herein nach einem optimierten Design zu produzieren: das Wunschkind aus dem Katalog, eigenschaftsgerecht erstellt für die Bedürfnisse der Eltern“, wäre aus Herzogs Sicht „ein später Triumph der abstrusen Nazi-Idee, den arischen Übermenschen zu züchten“.

In der Frage pränataler Manipulationen bewege man sich „auf einem ganz schmalen Grat“. Ärzte dürften in solchen Fragen nicht zu Handlangern eines hedonistischen Zeitgeistes werden.

Andererseits dürften die Anstrengungen in der medizinischen Forschung nicht vermindert werden. Wer beispielsweise gentechnische Forschung generell verbieten wolle, könne kaum hoffen, im Kampf gegen Erbkrankheiten schnelle Erfolge zu haben. „Wer hinter jedem medizinischen Forschungsprojekt den Namen Frankenstein wittert, zerstört nicht nur beiden Betroffenen Hoffnung und Zuversicht, sondern er verweigert auch Hilfsbedürftigen die ihnen zustehende Hilfe“, sagte das Staatsoberhaupt.

Die Ansprache des Bundespräsidenten war auch ein Plädoyer für ein freiheitliches Gesundheitswesen, in dem weder der Staat noch ökonomische Gesetze allein regieren. Er hob die Rolle der ärztlichen Selbstverwaltung hervor, die mehr sei als bloße Interessenvertretung: „Die ärztliche Selbstverwaltung ist zusätzlich ein Regelungsorgan innerer Angelegenheiten – wenn Sie so wollen: ein Stück ‚schlanker Staat‘, weil der Fiskus hier Aufgaben an die unmittelbar Betroffenen delegiert hat. Und sie ist ein Partner in der gesundheitspolitischen Diskussion, die heute wichtiger ist denn je.“ *uma*



Feierliche Eröffnung des 100. Deutschen Ärztetages in der Eisenacher Georgenkirche. Prof. Dr. Jörg Hoppe, Präsident der Ärztekammer Nordrhein und Vizepräsident der Bundesärztekammer im Gespräch mit dem Bundespräsidenten. Foto: uma